

# KIEZ im BLICK

## 1.327 Tage MitWirkung

Ausgabe 01/2020

**Hendrikje Klein**

**Für Sie im Abgeordnetenhaus und in den Kiezen**

Weitlingkiez, Victoriastadt, Friedrichsfelde, Gensinger Viertel und Rummelsburg



## Niemand darf zurück gelassen werden



**#SoGehtSolidarisch**

Ein Band der Solidarität gespannt über 9km von Mitte bis Neukölln

Solidarität ist in Zeiten der Krise wichtiger denn je. Verunsicherung macht sich breit, Menschen verlieren ihr Einkommen, das Zuhause wird zur digitalen Falle.

Der Shutdown, die Schließung von Geschäften, Kultureinrichtungen, Sportstätten etc. hat Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit in Berlin in eine schon lang nicht mehr bekannte Höhe getrieben: Mehr als 38.000 Firmen haben Kurzarbeit angemeldet, 47.000 Menschen haben bisher ihre Arbeit verloren. Die coronabedingten Kündigungen liegen in Berlin über dem Bundesdurchschnitt. Berlin ist Dienstleistungsmetropole und immer noch Hauptstadt

prekärer und oft nur bedingt existenzsichernder Arbeit. In dieser Krise zeigen sich in unserer Stadt die dramatischen Folgen der Niedriglohnstrategie, die jahrelang von den verschiedenfarbigen Bundesregierungen verfolgt wurden. Wer nur den Mindestlohn oder nur knapp über dem Mindestlohn verdient und jetzt Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld bekommt, der oder die kann davon nicht leben. Der Weg führt direkt zum Jobcenter, zu ergänzendem Hartz IV.

Spätestens jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo die weitere finanzielle Förderung von Unternehmen auch an gesellschaftlich sinnvolle

und notwendige Kriterien gebunden werden müssen. Dazu zählen gute Arbeit, tarifliche Bezahlung, Bereitschaft zu betrieblicher Ausbildung, ökologische Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung neun Milliarden Euro zur Rettung eines einzigen Konzerns bereit stellt, ohne dass diese Kriterien erfüllt werden. Neun Milliarden für die Lufthansa und die zudem noch Arbeitsplätze kündigt. Auch im Konjunkturpaket der Bundesregierung ist nichts zu guter Arbeit, Tarifbindung, Pflege, Anerkennung der großen Leistungen der Beschäftigten in der Krise zu lesen.

Wer bezahlt die Krise? — Das wird die entscheidende politische Frage der nächsten Monate. Für uns Linke ist klar: Es dürfen nicht die Niedrigverdienenden, die Transfergeldbeziehenden, die Kinder, die Alleinerziehenden, die Rentnerinnen und Rentner sein. Deshalb ist Umverteilung von oben nach unten das Gebot der Stunde. Warum wir über eine Mehrwertsteuerreduzierung entlastet werden müssen, erschließt sich mir nicht. Höhere Mindestlöhne, höhere Tariflöhne, mehr Hartz IV, mehr Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld würden den Konsum und die Konjunktur aber mit Sicherheit ankurbeln.

Wir wollen eine solidarische und weltoffene Stadt bleiben, in der niemand zurück gelassen wird. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt für die Strukturveränderungen sorgen, die Berlin als lebenswerte Stadt erhalten.

### LIEBE NACHBARIN, LIEBER NACHBAR,

nach dem fast kompletten Stillstand des öffentlichen und sozialen Lebens im März und April, wagt Lichtenberg sich in vorsichtigen Schritten aus der Deckung. In der bereits 6. Ausgabe von "Kiez im Blick" gibt es wieder Interessantes aus meinem Wahlkreis und über meine politische Arbeit im Berliner Abgeordnetenhaus zu berichten.

Verstehen Sie mich — Ihre direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete — als Ihre Ansprechpartnerin, welches Thema Sie auch gerade bewegt.

Ihre Hendrikje Klein, MdA  
[www.hendrikjeklein.de](http://www.hendrikjeklein.de)

Seit 28. April können sich die Tiere im Tierpark-Friedrichsfelde endlich wieder über Besuch freuen. Tickets für den Tierpark gibt es ausschließlich online, da derzeit keine Tageskassen geöffnet sind. Karten werden mit festem Besuchsdatum sowie Zeitfenster verkauft. Auch wenn wir noch eine Weile mit den Einschränkungen leben müssen, ist es eine tolle Möglichkeit auf eine Stippvisite z.B. bei dem kleinen neugeborenen Giraffenbullen Henri vorbeizuschauen.



## Flut im Kaskelkiez – ein Jahr danach

Das Starkregenereignis in der Victoriastadt jährt sich zum ersten Mal. Mehrere Gewitter entluden sich in der Nacht vom 11. zum 12. Juni 2019 und die unwetterwetterartigen Regenmassen setzten binnen von Minuten Teile des Kiezes unter Wasser. Menschen eilten nachts auf die Straßen, um ihre Wohnungen, Büros, Autos, Geschäfts- und Kellerbestände zu sichern. Leider mit wenig Erfolg. Am Morgen des 12. Juni wurde das gesamte Ausmaß deutlich und es setzte eine Welle der Solidarität und Nachbarschaftshilfe ein. Dennoch sind die Folgen bis heute spürbar, gerade wenn es um Schadenersatzansprüche geht. Anlass für mich um beim Senat nachzufragen, welche Schlussfolgerungen bisher daraus gezogen worden sind. Fest steht mittlerweile, dass nicht der Starkregen allein die Ursache war, sondern dass es infolge von Bauarbeiten eine hydraulische Einschränkung gab. 49 Betroffene konnten daher einen Anspruch auf Entschädigung bei der Versicherung der Berliner Wasserbetriebe geltend

machen. Dies ist ein eher glücklicher Umstand für die Forderung nach Schadenersatz. Aus den Antworten des Senats geht hervor, dass im Falle einer erneuten Überflutung ohne begleitende Baumaßnahme, die Anwohnenden keinen Anspruch auf eine Zahlung hätten. Das Wasserhaushaltsgesetz gibt vor, dass jede Person einzeln Vorsorgemaßnahmen zum Schutz von nachteiligen Hochwasserfolgen treffen muss. Das heißt, dass Anwohnende und Eigentümer\*innen eine private Versicherung abschließen müssen. Für viele ist dies aufgrund der Wohnlage im Kaskelkiez schwer nachvollziehbar. Dennoch scheint es notwendig. Die Wasserbetriebe konstatieren, dass die Bereiche der Pfarrstraße, Spittastraße und der Kleingartenanlage in der Kynaststraße aufgrund ihrer Lage (in einer Senke) besonders überflutungsgefährdet sind, wengleich die Regenkanalisation den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Derartige Wetterereignisse werden infolge des Klimawandels zunehmen auch weil die



Kaskelstraße Ecke Pfarrstraße in der Victoriastadt

Böden gerade in dicht besiedelten Regionen immer stärker versiegelt sind, ist davon auszugehen. Das Starkregenrisikomanagement steckt noch in den Kinderschuhen. Dies ist gerade für Anwohnende im Risikogebiet Kaskelkiez wenig zufriedenstellend. Karten zur Bewertung von Gefahren solcher extremer Wettererscheinungen liegen bisher nicht vor. Ohne diese kann weder eine Risikoanalyse durchgeführt, noch können Handlungskonzepte entwickelt werden. Die Wasserbetriebe bieten Anwohnenden und Eigentümer\*innen die

Möglichkeit einer Beratung zu geeigneten baulichen Maßnahmen, denn oft entstehen Schäden durch eine defekte Rückstausicherung. Mittlerweile gibt es auch diverse Fördermöglichkeiten für eine dezentrale Regenwasserbewirtschaftung, z.B. im Rahmen des Programms für Nachhaltige Entwicklung und des neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms. Dies wird auch bei meinem gemeinsamen Kiezspaziergang im Spätsommer auf der Themenliste stehen und ich werde dazu gern das Gespräch mit den Anwohnenden suchen.

## Hurra! Neue Schulplätze im Wahlkreis



35. Grundschule in der Sewanstraße

Im Februar eröffnete in der Sewanstraße die neue Grundschule G35. Ihren Namen wird die Schulgemeinschaft selbst bestimmen. Die Schule ist die zweite Schnellbauschule in Lichtenberg, die in weniger als zwei Jahren Bauzeit inklusive einer Sporthalle in Holzmodulweise gebaut werden konnte. Bereits zum Schuljahr 2019/20 wurden dort

Kinder eingeschult. Da im Sommer 2019 aber noch gebaut wurde, kamen die Klassen zunächst in der Schmetterlingsgrundschule unter. Zum Halbjahr konnten sie dann endlich umziehen. Schnell haben sie sich eingelebt wie auch das schulische Personal, welches die modern eingerichteten hellen Räume sehr schätzt. Überall auf den Fluren gibt

es kleine Sitzgruppen, die in den Pausen aber auch im Unterricht für Kleingruppenarbeit genutzt werden können. Mit eingezogen sind weitere vier Klassen aus der Lew-Tolstoj-Schule aus Karlshorst. Da es dort bis zur Eröffnung der geplanten Schulneubauten noch einige Zeit dauern wird, haben Schüler\*innen der ersten und zweiten Klassen hier trotz des längeren Schulweges mit einem Shuttlebus beste Lernbedingungen. Noch in Bau befindet sich das Außengelände. Es ist zu hoffen, dass die Bauarbeiten auf dem Grundstück bald vollständig abgeschlossen sein werden und den Grundschüler\*innen dann ein toller Pausenhof zur Verfügung steht. Und auch an der Schule an der Victoriastadt tut sich was. Im Sommer 2019 wurde hier mit den Bauvorbereitungen für einen Modularen Ergänzungsbau direkt im angrenzenden

Park begonnen. Wer des Öfteren die Nöldnerstraße entlang geht oder fährt, sieht jetzt schon nach wenigen Monaten Bauzeit ein vollständiges, geräumiges Schulgebäude. Derzeit halten hier große LKW und liefern die Innenausstattung: Bänke, Stühle, Schränke und vieles mehr. Der Erweiterungsbau wird zum kommenden Schuljahr zur Verfügung stehen. Dies freut besonders, da es schon vor vielen Jahren Forderungen der Schulgemeinschaft gab, die sich für diese Erweiterung eingesetzt haben. Nun kann es auch hier bald mit dem Unterricht losgehen. Für den Neubau musste ein Spielplatz weichen, die Spielgeräte befinden sich seitdem auf dem Pausenhof der Schule. Als Schlusspunkt der gesamten Baumaßnahme soll – unter Beteiligung der Kinder – ein neuer öffentlicher Spielplatz auf der anderen Seite des Parks gebaut werden.

## Jetzt erst recht – Investitionen in die Zukunft

Es ist ungefähr ein halbes Jahr her, dass das Berliner Parlament nach langen Diskussionen den Haushaltsplan 2020/21 beschloss. Nun haben sich die Rahmenbedingungen unvorhersehbar geändert. Menschen müssen zu Hause bleiben, ein Teil der Verwaltung zog sich ins Homeoffice zurück, das Gesundheitssystem wird über alle Maßen herausgefordert, um nur einige Beispiele zu nennen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Verwendung der öffentlichen Mittel dieser Stadt.

Wir Linke im Abgeordnetenhaus machen uns sehr für die Bezirke stark. Bei ihnen wollte der Finanzsenator eigentlich den Rotstift ansetzen. Doch unsere Bezirke sind jetzt als Dienstleisterinnen für die Berliner\*innen immens wichtig, hier dürfen wir keine Abstriche

machen. Das ist uns gemeinsam mit den Bezirksbürgermeister\*innen der Linken gelungen. Die Bezirke müssen nun nicht extra sparen und bekommen ihre krisenbedingten Ausgaben auch finanziert.

Auch die Berliner Soforthilfen sind aus unserer Sicht sehr wichtig. Damit half Berlin vielen Soloselbstständigen, Unternehmen, Kulturschaffenden über die erste Durststrecke hinweg. Wir werden nun weitere 500 Millionen Euro freigeben und diese gezielt einsetzen.

Um notwendige Investitionen wie die Schulbauoffensive nicht streichen zu müssen, nimmt Berlin nun auch neue Schulden in Höhe von sechs Milliarden Euro auf. Hierzu gab es Kontroversen in der Koalition über das Wieviel und den Tilgungszeitraum. Doch grundsätz-

lich ist uns allen klar, dass wir weiterhin investieren müssen.

Wir Berliner Linke Abgeordnete gehen nun in die Sommerpause mit der Aufgabe, ein Konjunkturpaket für Berlin zu erstellen. Ich setze

mich u.a. für einen Sozialfonds ein, der speziell die Geringverdiener, Vereine und Familien unterstützt. Die Herausforderungen sind immens, dafür braucht es linke Antworten.



Besuch bei der Stadtteilkoordination mit Carolin Janssen und Anne Koch

## Direkte Demokratie stärken

Erst seit der Reform 2006 ist es in Berlin wirklich möglich, dass die breite Bevölkerung per Volksentscheid in wesentlichen gesellschaftlichen Prozessen mitbestimmt. Damals haben sich die Berliner\*innen mit 84 Prozent in einer Volksabstimmung für die Verfassungsänderung ausgesprochen.

Seit dem ist viel passiert: In Er-

innerung sind zum Beispiel die Abstimmungen zum Tempelhofer Feld oder zum Flughafen Tegel. Auf bezirklicher Ebene sind Bürgerentscheide möglich. In Lichtenberg gab es bisher nur einen erfolgreichen Bürgerentscheid – 2006 wurde zum Coppi-Gymnasium abgestimmt.

In den Jahren seit 2006 wurden jedoch auch einige Schwierigkeiten im

Umgang mit Volksentscheiden bei der Durchführung von Volksentscheiden offenbar. Aus diesem Grunde werden die gesetzlichen Grundlagen des Abstimmungsgesetzes nun einer Überarbeitung unterzogen. Ich freue mich sehr darüber, dass wir noch einmal wirklich grundlegende Verbesserungen vornehmen. Der Gesetzentwurf ist aktuell in der parlamentarischen

Beratung und wird voraussichtlich im Herbst dieses Jahres beschlossen. Vorgesehen sind Änderungen des Abstimmungsgesetzes und des Bezirksverwaltungsgesetzes. Ziel ist, das Zusammenspiel von direkter und repräsentativer Demokratie zu verbessern und die Verbindlichkeit und Transparenz der direkten demokratischen Verfahren zu erhöhen.

### Die wichtigsten Neuerungen in Kürze:

- Volksentscheide sollen künftig grundsätzlich zeitgleich mit Wahlen durchgeführt werden, die innerhalb von acht Monaten nach dem Volksbegehren anstehen.
- Erstmals werden feste Fristvorgaben für die amtliche Kostenschätzung (zwei Monate) und die Zulässigkeitsprüfung des Volksbegehrens (fünf Monate) eingeführt.
- Das Recht zur Änderung oder Nachbesserung eines Volksbegehrens wird nunmehr ausdrücklich geregelt, um das Verfahren transparenter zu machen und zu straffen.
- Künftig soll es eine Kostenerstattungsre-

gelung nach dem Vorbild anderer Bundesländer geben. Danach wird ein Anteil der Kosten erstattet, die für die Information der Öffentlichkeit aufgebracht wurden.

- Die Anzeigepflicht von Spenden Dritter an die Trägerin des Volksbegehrens wird durch eine Anzeigepflicht für den Einsatz von Eigenmitteln ergänzt, um mehr Transparenz zu schaffen.
- Auch auf Bezirksebene werden direktdemokratische Verfahren gestärkt. So wird z.B. geregelt, dass einem als zulässig festgestellten Bürgerbegehren nicht durch die Geltendmachung der Eingriffsrechte oder die Einleitung eines Feststellungsverfahrens seitens des Senats oder des zuständigen Senatsmitglieds die Grundlage entzogen werden kann,

es also zulässig bleibt und ggf. mit einem Bürgerentscheid abgeschlossen werden kann.

- Die Trägerin eines Volksbegehrens erhält künftig das Recht, von den Bezirksämtern die wesentlichen Gründe für die Ungültigkeit von Unterschriften erläutert zu bekommen.
- Für den Fall der Durchführung eines Volksentscheids wird die verpflichtende Veröffentlichung einer Informationsschrift in leicht verständlicher Sprache vorgesehen, die das Abstimmungsverfahren erklärt. Diese Regelung stellt einen Baustein zur Förderung einer gleichberechtigten politischen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen dar.

### Mein Büro im Wahlkreis:

Alfred-Kowalke-Str. 14  
10315 Berlin  
030/ 98 56 53 62  
team@hendrikjeklein.de

### Öffnungszeiten:

Mo. 14 - 18 Uhr  
Mi. 11 - 15 Uhr  
Do 10 - 13 Uhr

Achtung: Während der Sommerferien gibt es eingeschränkte Öffnungszeiten

### Meine Mitarbeiterinnen:

Claudia Engelmann  
Cornelia Hinz

### Im Abgeordnetenhaus:

Niederkirchnerstraße 5  
10111 Berlin  
030 / 23 25 25 60  
klein@linksfraktion.berlin

### Im Internet:

www.hendrikjeklein.de  
https://www.facebook.com/hendrikjeklein.berlin/  
https://twitter.com/HendrikjeKlein

### Meine Sprechstunde im Wahlkreis:

Die nächsten Termine sind:

Montag, 24.8.2020  
Montag, 28.9.2020  
Montag, 16.11.2020  
jeweils 17:30 - 18:30 Uhr

Weitere Termine entnehmen Sie bitte meiner Internetseite:  
www.hendrikjeklein.de

### Sozial- und Mietrechtsberatung:

Ab August wieder jeden zweiten Montag im Monat von 16:00 - 18:00 Uhr

Melden Sie sich bitte an unter:  
team@hendrikjeklein.de

### Impressum:

Herausgeberin/ Redaktion:  
Hendrikje Klein, MdA von Berlin  
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

Satz und Gestaltung: Cornelia Hinz  
Fotos: Tiepark-Berlin, Hendrikje Klein, Cornelia Hinz, Claudia Engelmann,

Redaktionsschluss: 22.06.2020

## Ein neues Familienzentrum mit „Weit.Blick“



Fassade des Familien- und Gemeindezentrum „Weit.Blick“

Am 14. Februar eröffnete in der Archenholdstraße im Weitlingkiez das neue Familien- und Gemeindezentrum Weit.blick der Berliner Stadtmission – mit einer KiTa, einem Projekt zur Unterstützung von Familien in benachteiligten Lebenslagen und einem Café. Hier gibt es die unterschiedlichsten Angebote: Vom gemeinsamen Frühstück und klassischen Krabbelgruppen, über Gesprächs-

runden und Beratungen bis hin zu Bildungs-, Förderungs-, Bewegungs- und Kreativkursen. Im Nachbarschaftscafé finden künftig regelmäßig kulturelle und themenbezogene Veranstaltungen statt. Für das leibliche Wohl ist dabei durch kleine Speise- und Getränkeangebote gesorgt. Die evangelische Kindertagesstätte, »KiTa Weit.Blick«, ist für 72 Kinder im Alter von 11 Monaten bis

zur Einschulung ausgelegt. Das am 1. April 2020 gestartete Projekt „Bündnis für Familien mit Weit.Blick“ unterstützt Familien mit dem Ziel, der Aufnahme und Ausweitung einer Beschäftigung sowie der bedarfsgerechten Inanspruchnahme von Leistungen durch vielfältige Angebote wie zum Beispiel Berufsorientierung und Bewerbungstraining, Sozialberatung und freizeitpädagogische Angebote.

Das Projekt richtet sich vorrangig an Familien mit minderjährigen Kindern, die (auch ergänzende) Leistungen der Grundsicherung oder der Sozialhilfe beziehen, von Arbeitslosigkeit betroffen und/oder erwerbsgemindert sind, an Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen und im Besonderen an Alleinerziehende. Ich freue mich sehr, dass diese tolle Einrichtung nun den Weitlingkiez bereichert und wünsche allen Beteiligten viel Erfolg.

## Himmel über Nöldnerplatz

So heißt das Kunstwerk von Christian Hasucha, das Anfang dieses Jahres auf dem Nöldnerplatz enthüllt wurde. Initiiert wurde es von Anke Schwarz-Weisweber, einer Anwohnerin, die einen Vorschlag beim Bürgerhaushalt Lichtenberg einreichte. Die Installation soll zum Gedankenaustausch ermutigen. Beim „Dialog zum Kunstwerk“ am 25. Februar im Museum Lichtenberg hatten interessierte Bürger\*innen und der Künstler dazu die Gelegenheit. Hasucha legte dar, worauf es ihm bei seinem Werk ankam, den Kontext, in dem seine Installationen stehen. Der Künstler ließ sich von der Weite und dem freien Himmel über dem Platz inspirieren. Das Thema Obdachlosigkeit steht für ihn nicht im Vordergrund. Viele der Anwesenden assoziieren aber genau das, wenn sie das Zelt sehen. Das ist kaum verwunderlich, war und ist das Thema Obdachlosigkeit in Lichtenberg doch sehr präsent. Durch



Hendrikje Klein und Anke Schwarz-Weisweber

den Aufenthalt vieler Obdachloser am Bahnhof Lichtenberg und das Camp an der Rummelburger Bucht ist die Problematik ins Bewusstsein von vielen Einwohner\*innen und Politik gerückt. Eine Anwesende bringt noch eine andere Deutung ins Gespräch ein – das Familienzelt im Balaton-Urlaub zu DDR-Zeiten, als Erinnerung an das Jubiläum der Wiedervereinigung. Was auch immer man in dem Werk am Ende sieht, für Christian Hasu-

cha ist auch wichtig, dass es zur Interaktion inspiriert. Er wundert sich, dass es noch nicht mit Graffiti besprüht wurde. Das wäre für ihn jedenfalls interessant, auch wenn er niemanden auffordern wolle. Über die Jahre wird das Zelt, so hofft er, eine Patina bekommen. Sollte sich eines Tages die Umgebung ändern, habe der „Himmel über Nöldnerplatz“ Bestand und die Laterne könnte dann einmal daran erinnern, wie es 2020 hier ausgesehen hat.